

STARKER MANN? ODER STARKE DEMOKRATIE?

GEDANKEN ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

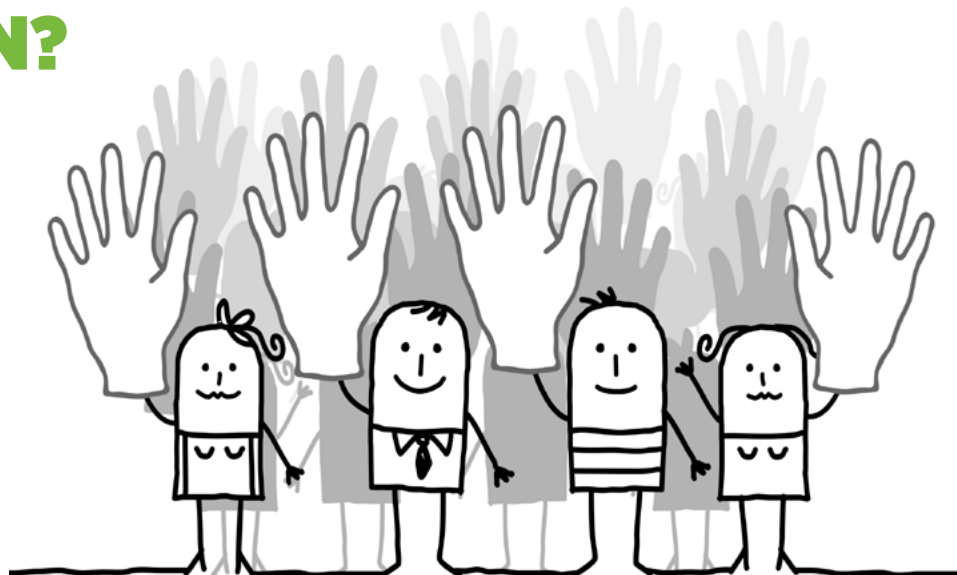


Foto: imagefret.de



VORWORT

Das Vertrauen in die repräsentative Demokratie auf Basis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität schwindet zunehmend:

- Weil allzu offensichtlich von der Politik andere Interessen bedient

werden als jene der Staatsbürger/innen

- weil Korruption das Vertrauen untergräbt
- weil Regierende dringliche Probleme nicht anpacken
- und weil Massenmedien ihre kontrollierende Rolle als „vierte Macht“ zugunsten einer bezahlten Komplizenschaft aufgeben.

Deshalb gibt es regelmäßig Rufe nach einem „starken Mann“ oder einer „gemäßigten Diktatur“.

Die Grüne Bildungswerkstatt Vorarlberg stellte in ihrer Tagung am 3. Mai 2013 die Frage nach den Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie.

Barbara Blaha vertritt in ihrem Vortrag „Medien und Demokratie“ die These, für junge Menschen seien klassische Medien im Alltag nicht so präsent aber so wichtig wie eine grundlegende Sozialleistung: Wenn seriöse Information zu einem Thema gebraucht wird, sucht man sie z.B. in der ZiB2.

Günther Rösel untersucht in seinem Beitrag die Funktion des Unbewussten in politischen Prozessen. Politische Entscheidungen fallen ähnlich wie Kaufentscheidungen im Supermarkt: Einige kaufen, was sie immer schon gekauft haben, die meisten wählen die grellste Verpackung oder das Versprechen der Neuheit, die wenigsten lesen die Inhaltsstoffe.

Ob neue Werkzeuge der demokratischen Auseinandersetzung mehr Menschen in den politischen Prozess hinein holen? **Michel Keckeis** setzt auf „Liquid Democracy“. Zumindest ein zusätzliches Diskurs-Medium kann sie sein.

Gabriele Michalitsch zeichnet in ihrem Vortrag „Wirtschaftswissen und Postdemokratie“ ein düsteres Bild von der Verteilung von Wissen und Macht, was postdemokratischen Entwicklungen den Weg bereitet.

Ein Jahr nach der Tagung hat sich Vorarlberg ein „Demokratiepaket“ verordnet. In den Landtagssitzungen am 5. März und 7. Mai 2014 wurde eine Änderung des Wahlrechts beschlossen. Das Initiieren von Volksabstimmungen wird vereinfacht, das Gewicht von Vorzugsstimmen erhöht und das Recht auf Einsetzen eines Untersuchungsausschusses durch Minderheitsfraktionen im Landtag eingeführt. Es gibt also auch Positives über die Entwicklung der Demokratie zu vermelden.

Juliane Alton
Obfrau GBW Vorarlberg

MEDIEN UND DEMOKRATIE

Barbara Blaha | Momentum, Wien

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebes Publikum,

wissen Sie, welcher Tag heute ist? Freitag, der 3. Mai. Für die schreibende Zunft allerdings ein besonderes Datum. Es ist der internationale Tag der Pressefreiheit, ein Tag an dem Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ auf die weltweiten Verletzungen der Pressefreiheit und die grundlegende Bedeutung von ungehinderter Berichterstattung für demokratisch verfasste Gesellschaften hinweisen. Das hört sich dann doch ein wenig verstaubt an, nach Problemen der Drittstaaten, Schwellenländer, nicht wahr? Die Freiheit der Presse haben wir uns doch schon vor langer Zeit erkämpft. Zu Beginn des Zeitungswesens im 19. Jahrhundert waren die meisten Regierungen Europas noch vor allem damit beschäftigt, Journalisten zu verfolgen, Berichte zu zensieren und den Zeitungsmachern wirtschaftlich das Leben so schwer als möglich zu machen. Auf eine transparente Darstellung seiner Regierungsarbeit legte man damals nicht viel Wert. Wozu auch – freie Wahlen gab es ja auch nicht. Aber heute – so scheint es doch – ist das alles ganz anders. Die Zensur ist ein Relikt der Geschichte, die Freiheit der Presse staatlich garantiert. Wie sieht es aber nun im Detail mit ihr aus?

Im Zentrum der Debatte, welche die Wichtigkeit der Pressefreiheit für die Demokratie betont, steht der Begriff der öffentlichen Meinung. Das haben wir vielleicht alle noch in der Schule gehört, die vierte Gewalt ist so zentral, weil sie es ist, die sicherstellt, dass wir auf Basis möglichst umfassender und ungefilterter Informationen unsere politischen Entscheidungen treffen. Ihre Funktion ist die des Schleusenwärters: Niemand kann auf sich allein gestellt all jene Informationen erlangen, die man braucht, um seiner politischen Verantwortung umfassend nachzukommen. Welche Themen von Bedeutung sind, welche Lösungswege relevant, welche Positionen überhaupt in der Arena der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, wer als Experte eine Position stützt und bei ihrer Durchsetzung sekundiert – all dies wissen wir, weil Medien uns darüber informieren. Denn „alles, was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ schreibt der Soziologe Niklas Luhmann. Diese Medien sind – zumindest in der Theorie – dem Prinzip der freien Berichterstattung verpflichtet. Der deutsche Journalist Paul Sethe formulierte in einem legendären Leserbrief an den Spiegel: „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Nun, diese Zuspitzung mag grob verallgemeinern, aber einen

wahren Kern hat sie. Denn dieser – nennen wir ihn „Marktplatz der Ideen“ – und die Berichterstattung darüber existieren nicht im luftleeren Raum, sondern sie unterliegen handfesten Marktmechanismen. Den Zusammenhang von Ökonomie, Demokratie und Verfasstheit der Medien beschreibt der Politikwissenschaftler Benjamin Ginsberg wie folgt: „Jene Medien, die ein zahlenmäßig umfangreiches Publikum erreichen, gehören Großkonzernen, die ihrerseits Bestandteil noch umfassenderer Konglomerate sind. Wie andere Firmen, verkaufen die Medien an Kunden ein Produkt auf dem Markt. Ihr Markt ist die Werbung, ihre Kunden sind die Auftraggeber für Anzeigen, ihr Produkt sind die Konsumenten, deren Wohlhabenheit das Anzeigenvolumen erhöht.“ Noam Chomsky hat in seinen Arbeiten solide herausgearbeitet, dass in westlichen Demokratien vor allem die Verbreitung von Ideen und Meinungen der oberen Schichten gewährleistet wird. Er schreibt: „Dies hat dazu geführt, dass die politische Wahrnehmungsweise der gesamten Gesellschaft und das Spektrum der für realistisch gehaltenen politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten sich gemäß dem Interesse der oberen Schichten formen.“ Und er bringt es schließlich auf den Punkt: „Die unsichtbare Hand des Marktes kann ein ebenso wirksames Kontrollinstrument sein wie die eiserne Faust eines Staates.“ Chomsky benennt in seinem von ihm entwickelten Modell insgesamt fünf Filter, die strukturell dafür sorgen, dass es nicht alle Informationen als Nachricht in eine Zeitung schaffen. Neben dem hohen finanziellen Erstaufwand – eine Zeitung zu verbreiten, ist ja unendlich kostspielig, so eine Zeitungsgründung auf der grünen Wiese leisten sich heute nur Milliardäre – sorgt auch die Medienkonzentration für einen Aussiebefekt. Während vordergründig viele verschiedene Medien erscheinen, gehören diese tatsächlich nur einigen wenigen. Der Punkt ist auch deshalb so relevant, weil sich in ihm ein grundlegender Widerspruch kristallisiert: Wirtschaftliche und geistige Freiheit sind nur bedingt miteinander kompatibel. Während Medienunternehmen wie alle Unternehmen eine Monopolstellung anstreben, will die Pressefreiheit doch im Kern möglichst alle Interessenlagen zu einem Thema abbilden. Österreich ist in diesem Kontext immer noch ein Sonderfall: Allein über die Konzernstruktur Mediaprint / Verlagsgruppe News werden 63 Prozent der Auflage aller Tageszeitungen, 62 Prozent der Auflage aller Wochenpublikationen und 100 Prozent der Auflage aller politischen Magazine in Österreich kontrolliert. Aber wem erzähle ich hier etwas von Medienkonzentration: Ein sogar für österreichische Verhältnisse extremer Fall von Medienkonzentration ist ja in Vorarlberg zu Hause. Das Bundesland ist medial weitgehend abgeschottet. Eugen Russ macht sich mit seinen beiden Tageszeitungen selbst Konkurrenz und lässt so keinen Platz für weitere Player: Vorarlberger Nachrichten und die Neue Vorarlberger Tageszeitung kommen gemeinsam auf über 70 Prozent Reichweite und deklassieren hier sogar die Krone zum Reichweitzwerg mit nur 5,5 Prozent. Zum Imperium von Russ gehören außerdem noch der größte Online-

dienst und das größte Privatrado. Medienpluralismus sieht anders aus.

Chomsky benennt noch einen weiteren Punkt: Auch Chefredakteure und Herausgeber gehören zu einer privilegierten Elite, „sie dürften daher Wahrnehmungen, Erwartungen und Einstellungen dieser privilegierten Schicht teilen. Wer als Journalist in diesem System Karriere machen will“, so Chomsky, „muss sich diesem ideologischen Druck durch Verinnerlichung des Wertekanons beugen.“ Und das unter zunehmend schwierigen Bedingungen: Wer heute in den Journalismus geht, muss in Kauf nehmen, sich jahrelang von einem Praktikum zum nächsten zu hanteln – unbezahlt natürlich – um dann mit viel Glück von einer Leiharbeitsfirma in einem befristeten Anstellungsverhältnis geparkt zu werden, nur um dann in einer Subfirma vielleicht auch einmal „entfristet“ zu werden – natürlich nicht mit Journalisten-Kollektivvertrag.

Allerdings geraten die Medien neuerdings selbst unter Druck: Ihr Markt schrumpft. Wurden in Deutschland 2003 noch 3,4 Milliarden Exemplare einer Tageszeitung oder einer Zeitschrift verkauft, waren es 2011 nur mehr 2,4 Milliarden Stück, ähnlich verhält es sich mit den Werbeeinnahmen: Sie brechen in rasantem Tempo weg. Es gibt eine eigene Website, die dazu dient, das Sterben der Zeitungen nachverfolgen zu können, ihre Adresse lautet auf den sinnigen Namen newspaperdeathwatch.com, kürzlich prognostizierte ein deutscher Journalistikprofessor, die letzte gedruckte Zeitung würde 2034 erscheinen. Grund dafür ist das veränderte Nutzungsverhalten der Medienkonsumentinnen und -konsumenten.

Heute existiert de facto ein 3600/60 Nachrichtenzyklus: Eine Sekunde, nachdem etwas passiert, wird darüber – nicht notwendigerweise von Journalisten – online berichtet. Gerade junge Menschen haben mittlerweile einen veränderten Zugang zum Nachrichtenkonsum. Sie sagen: Wenn die Nachricht wirklich wichtig ist, dann findet sich mich. Musste man früher zumindest noch eine Zeitung kaufen oder den Fernseher einschalten, erfährt man heute mittels der sozialen Netze in Sekunden, wenn etwas passiert ist – das für einen selbst und seine digitalen Freunde Bedeutung hat. Und wenn dann tatsächlich etwas passiert – ein Terroranschlag, eine relevante Gesetzesnovelle, eine Nationalratswahl – dann greifen auch die Jungen wieder auf traditionelle Medien zurück. Diese empirische Behauptung kann auch mit einem quantifizierten Argument untermauert werden: Im englischsprachigen Raum verlinken 99 Prozent aller Links in Blogs nicht nur zu traditionellen Medien, sondern sogar zu traditionellen Medienunternehmen: „Die BBC (23 Prozent aller Bloglinks), CNN (21 Prozent), die New York Times (20 Prozent) und die Washington Post (16 Prozent) machten zusammen 80 Prozent aller Artikel aus, die von Blogs aus verlinkt wurden.“¹ Ähnliches gilt für Österreich: Eine Studie, die der Kommunikationswissenschaftler Axel Maireder gemeinsam mit der Austria Presse Agentur durchgeführt hat, zeigt: Die Mehrheit der Links auf

Twitter führt zu ganz traditionellen Nachrichtenmedien. Selbst Twitter ist also ein Beleg für die These, dass alte Medien nicht tot sind. Schon 2009 war den Gründern von Twitter klar, dass es kein Ersatz, sondern ein Zusatz zu Journalismus ist: „Twitter wird den klassischen Journalismus, der Hintergründe und Details liefert, nicht ersetzen.“² Aber: Twitter beschleunigt Nachrichtenverbreitung ungemein. Das ist nicht immer positiv. Einige traditionelle Medien versuchen neue Medien zu überholen – auf Kosten der Qualität der Informationen. Bei der Berichterstattung über die Suche nach den Attentätern des Boston Marathons, bei der Medien wie Twitter-Nutzer konstant Falschinformationen berichteten, zeigte sich das im Frühjahr 2013 deutlich. Tausende Menschen twitterten live von der Jagd auf die Attentäter. Die Bewohner der Kleinstadt, in der sich die Brüder verschanzt hatten, posteten Fotos, nahmen Videos auf und berichteten so viele Details über die Geschehnisse vor Ort, dass die Bostoner Polizei via Twitter dazu auffordern musste, die taktischen Positionen der Beamten nicht preiszugeben, um sie nicht zu gefährden. Twitter und CNN machen es möglich, Breaking News genau und zeitnahe zu verfolgen, schrieb Journalist Farhad Manjoo wenige Tage nach den Ereignissen in einer Reflexion mit dem Titel *Breaking News is Broken*.³ „Wir bekommen Nachrichten viel schneller als wir daraus klug werden können, informiert via Handy-Fotos, Augenzeugen, die wir in Social Networks finden und zweifelhafte offizielle Quellen wie den Polizeifunk. Das echte Leben bewegt sich viel langsamer als diese Technologien.“

Wenn Menschen in sozialen Netzwerken Inhalte verteilen, sei es ein Link zu einem Video, einem Artikel oder einem Radiofeature, dann aus ganz unterschiedlichen Motiven. Man handelt aus Ärger oder tatsächlicher Wut, man zeigt Rührung oder Freude über ein Ereignis. Kurz: Man teilt mit dem Inhalt auch immer eine Emotion. Nur mit einem Gefühl verknüpft, teilt man einen Inhalt. Neil Postman hat Mitte der 80er Jahre noch in seinem Standardwerk „Wir amüsieren uns zu Tode“ mit dem Siegeszug des Medium Fernsehens vor der Ablösung des Schriftzeitalters, also dem Zeitalter der Erörterung durch das Zeitalter des Showbusiness gewarnt. Damit würde Erkenntnisstreben durch bloße Zerstreuung ersetzt, die Darstellung von Erfahrungen in allen gesellschaftlichen Bereichen werde statt durch die Ratio nur noch durch die Emotion bestimmt. Nun, ganz so düster wie Postman die Auswirkungen der Medialisierung unserer Gesellschaft betrachtet hat, muss man den technologischen Fortschritt im Kontext der sozialen Netze vielleicht nicht sehen. Allerdings entsteht aus der einst vornehmlich massenmedial geprägten Mediendemokratie allmählich die Empörungsdemokratie des digitalen Zeitalters. In der digitalen Empörungsdemokratie der Gegenwart sind räumliche, zeitliche und kulturelle Grenzen leicht passierbar geworden. Die Wochenzeitung *Die Zeit* fasst zusammen: „Moralische Empörung suggeriert ein Ad-hoc-Verstehen, liefert die Möglichkeit, sich über den anderen zu

STARKER MANN? ODER STARKE DEMOKRATIE?

erheben und im Moment der kollektiven Wut Gemeinschaft zu finden. Sie kommt dem allgemein menschlichen Bedürfnis nach Einfachheit, der Orientierung am Konkreten, Punktuellen und Personalisierbaren entgegen, bedient die Sehnsucht nach Eindeutigkeit, dem Sofort-Urteil und der Instant-Entlarvung.⁴ Die permanente Erregung erschöpft aber – uns alle. Im inflationären Gebrauch der Aufregung funken kleine Irritationen und große Skandale auf derselben Frequenz – „wo nur mehr geschrien wird, kann niemand mehr etwas hören,⁵ bringt es der Politikberater Stefan Bachleitner auf den Punkt. Eine wesentliche Frage wird also auch sein, ob die Netzgesellschaft lernt, mit Nuancen umzugehen und ihre Wut auf relevante Fragen zu beschränken. Denn wie die deutsche Bloggerin Frau Meike schreibt: „Die Wahrhaftigkeit von Wut ist nicht unendlich. Die Aufrichtigkeit von Empörung nicht endlos teilbar.“⁶

Dabei erreicht uns in all der Aufregung bei weitem nicht alles, was uns erreichen könnte. Hier liegt ein weiteres demokratiepolitisches Risiko – wenn auch gut versteckt. Eli Pariser hat diesem Risiko gleich ein Buch gewidmet, es nennt sich „Filter Bubble“. Er weist darin auf folgendes hin: Allein Google verwendet mindestens 57 Signale, um unsere Suchergebnisse zu personalisieren. Welchen Browser und Computer wir haben, in welcher Sprache wir das Betriebssystem verwenden, ob wir das Web durchsuchen oder nach einem Bild fahnden, bis hin zur Frage, was wir in früheren Anfragen gesucht haben. Die Personalisierung der Ergebnisse, die Google mittels seiner Filter erreicht, hat durchaus Vorteile: Die Filterlast, mit der uns das Internet scheinbar alleine lässt, ist enorm. Maschinelle Filter geben uns allerdings nur „Information Junkfood“ und nicht „Information Vegetables“: Sie zeigen uns nur das, was wir – vorgeblich – sehen wollen und nicht jene gesellschaftlich relevante Information, die wir sehen sollten. Ähnlich verhält es sich auf Facebook: Unser aller Newsfeed auf Facebook wird gefiltert: Statusmeldungen, die als besonders relevant erachtet werden, etwa weil wir mit den Freunden öfter interagiert haben oder dieselbe Gruppe mögen, werden sichtbar gemacht – viele andere nicht. Wir sehen also vor allem jene Inhalte von Menschen, die uns selbst am ähnlichsten sind. Dieses Umfeld hat aber einen großen Einfluss auf uns, denn was in der eigenen Familie und im Freundeskreis, unter Lieblingsmitschülern oder bevorzugten Kolleginnen auch digital gesagt wird, prägt unsere eigene Meinung am stärksten. Das geht so weit, dass Menschen ihre Meinung nicht äußern, wenn sie denken, ihr Umfeld sei mehrheitlich anderer Meinung, da sie sich nicht isolieren wollen. Auch die in den sozialen Netzwerken sichtbare Bevölkerungsstimmung wirkt in diese Richtung. Die Sozialwissenschaft hat dieses Phänomen unter dem Begriff der „Schweigespurale“ erfasst. Glaubt man sich selbst in der Minderheit, wird man eher nichts mehr zu diesem Thema posten. Damit erreicht die – vermeintliche – Mehrheit allerdings eine Sichtbarkeit, die sie rein quantitativ nie erreicht

hätte, was wiederum einen Einfluss auf bisher Unentschlossene hat, ganz nach dem Motto: Wenn alle dafür sind, wird schon was dran sein.

Dabei bräuchten wir für unsere Weiterentwicklung vor allem jene Nachrichten, die wir noch nicht kennen: Oder wie Armin Wolf formulierte: „Indem wir mit Themen, Ansichten und Standpunkten konfrontiert werden, mit denen wir uns nicht unbedingt absichtlich auseinandersetzen würden.“⁷ Ein Anspruch, der bisher von klassischen Nachrichtenmedien eingelöst wurde. Wir kaufen eine Zeitung, weil uns vielleicht die Titelgeschichte angesprochen hat, im Blattinneren lesen wir dann doch auch einen Artikel, der uns thematisch niemals angesprochen hätte. Der Zufallsfund wird durch die personalisierten Filter im Netz beinahe unmöglich gemacht.

Erst wenn es darum geht, überprüfte Details zu erfahren, sind traditionelle Medien unsere Quelle. Irene Meijer hat 2006 in einer Studie das Verhältnis von jungen Erwachsenen zu den Medien hinterfragt und kommt dabei zu folgendem Schluss: Für sie seien klassische Nachrichtenformate ähnlich einer grundlegenden Sozialleistung. So, wie ich mich darauf verlassen, im Bedarfsfall ein Krankenhaus aufsuchen zu können, so will ich bei relevanten Ereignissen sicher sein, dass die ZIB 2 diese covert. Das ist zumindest ein Nutzungsverhalten, an dem ich einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk andocken kann. Wer an sich die Aufbereitung und Analyse von relevanter politischer Information diesen Institutionen vertraut, ihnen auch vertraut, der ist auch bereit, diese durch Gebühren oder Steuern zu finanzieren. Und dieses Vertrauen ist es doch, auf dem unsere demokratisch verfassten Institutionen aufbauen. Dies gilt es zu erhalten und zu stärken: Damit meine ich nicht die Struktur selbst, sondern vielmehr die Arbeits- und Lebensbedingungen jener JournalistInnen, die sich seit Jahr und Tag mit prekären Beschäftigungen über Wasser halten müssen. Guter Journalismus kostet – das Bekenntnis dazu und die laute Forderung danach gehört zurück auf die politische Agenda – auch und gerade in Zeiten der Finanzkrise.

¹ <http://pewresearch.org/databank/dailynumber/?NumberID=1015>

² Schultz, Stefan: Medienphänomen Microblogging. Interview mit Evan Williams. 6. März 2009. (<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,611127,00.html>, 19. Juni 2009)

³ http://www.slate.com/articles/technology/technology/2013/04/boston_bombing_breaking_news_don_t_watch_cable_shut_off_twitter_you_d_be.single.html

⁴ Pörksen, Bernhard: Wir Tugendterroristen. <http://www.zeit.de/2012/46/Digitales-Zeitalter-Mediendemokratie-Tugendterroristen/seite-2>, abgerufen am 9.3.2013.

⁵ Bachleitner, Stefan: Genug gestormt! In: <http://www.politikon.at/2012/12/11/genug-gestormt/>, abgerufen am 12.3.2013.

⁶ Frau Meike: Petitionen, im Dutzend billiger! <http://www.fraumeike.de/2013/petitionen-im-dutzend-billiger/>, abgerufen am 12.3.2012.

⁷ Wolf, Armin: Wozu brauchen wir noch Journalisten? Wien, 2013.

DER WÄHLER UND DIE WÄHLERIN IN DER KONSUMWELT DER POLITIK

Günther Rösel | Psychoanalytiker, Bregenz

Einige Stichworte und Anregungen zur Diskussion.

Die Welt, in der wir leben

Harald WELZER analysiert in seinem neuen Buch „Selbst Denken“, dass AUFKLÄRUNG heute vor allem eines bedeutet: Gewinnung von Unterscheidungsvermögen. SELBSTAUFKLÄRUNG muss sich gegen die allgegenwärtigen konsumistischen Verführungen durchsetzen.“

In unserer Kultur zählt es zu den selbstverständlichen Erwartungen, dass es von allem immer mehr, immer schneller und immer billiger gibt. DER HEUTIGE TOTALITARISMUS tritt ausgerechnet im Gewand der Freiheit auf: „In jedem Augenblick alles haben und sein zu können, was man haben und sein zu wollen glaubt.“

WELZER spricht vom „universalen Konsumismus“. Allein im 20. Jahrhundert wurde mehr Energie verbraucht als während der kompletten Menschheitsgeschichte davor ...

Der Philosoph BYUNG-CHUL-HAN („Topologie der Gewalt“) beschreibt die SELBST-OPTIMIERUNG im Zeichen des globalen Wettbewerbs. Wir haben es heute nicht mehr mit dem „Gehorsams-Subjekt“ zu tun. Das spätmoderne LEISTUNGS-SUBJEKT von heute ist ein Subjekt der Affirmation. Das Motto: „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Es herrschen der Zwang zur Positivität und das Unvermögen, NEIN zu sagen. Der Autor PETER TRUSCHNER spricht von der „ständigen Mobilmachung des Ego“.

Was sind die psychischen Krankheiten unserer Zeit?

Einige Stichworte dazu: Depression, Burnout, Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADHS) und das Hyperaktivitäts-Syndrom.

Was sind heute konstruktive Gegenbewegungen? Es sind jene Formen der „NEGATIVITÄT“, wie Zögern, Innehalten, Langeweile, Warten, Nach-Denken oder Empörung und Wut.

Die innere, psychische Welt des Menschen

Die intrapsychische Welt des Menschen ist eine Welt des Unbewussten, Verdrängten (das Nicht-Wissen-Wollen ...) und des Irrationalen.

Jedes Subjekt ist ein „Schlachtfeld“ von KONFLIKTEN. Die Konflikte spielen sich zwischen Ich, Über-Ich und Es ab. Eros und Thanatos sind in einem immerwährenden Widerstreit. BRÜCHE sind aus der Sicht der Psychoanalyse ein Existential des Menschen. Widersprüchliche und flüchtige Impulse gehören zum menschlichen Wesen.

Alles Leben ist ein durchmisches Leben – Ambivalenz als Struktur der menschlichen Existenz.

Die Erfahrung des TRAGISCHEN UNSERER EXISTENZ (Krankheit, Verlust, Veränderung, Schicksalsschläge, Tod ...) gehört grundlegend zum Leben. Und: werden – meist – ebenso grundlegend verdrängt ...

Was auffällt: Obwohl die Praxen der PsychotherapeutInnen voll sind:

Für diese realen Erfahrungen fehlt weitgehend der öffentliche Diskurs, die Sprache!

Cool-sein als Dogma...

SCHEITERN ist ein Tabu!

„ANGST“, „UNSICHERHEIT“, Ohnmacht, Schwäche darf es nicht geben ... Dies führt unmittelbar zum so genannten „Burnout“, zur so genannten Hyperaktivität, zum so genannten „Aufmerksamkeitsdefizit“. Denn: „Nach-denken“ hat mit dem „danach“ zu tun. Es braucht Zeit, Rückzug, Innerlichkeit.

Eine eigenartige Komplizenschaft ...

Eine herrscht eine eigenartige „Komplizenschaft“ zwischen der äußeren ökonomischen Welt der Gegenwart und der inneren, psychischen Welt:

Unsere ökonomische Welt setzt auf „das gefräßige Kind in uns“ (paranoid-schizoide Position bei Melanie Klein). Geworben wird um die Oralität (Einverleibung / Gier), Egozentrik, Triebhaftigkeit.

Wünsche sollen / müssen „hier und jetzt – und sofort“ erfüllt werden ...

Das „gefräßige Kind in uns“ will keine Position der Aufklärung und Reflexion.

Es geht um ALLES oder NICHTS ... Und das sofort. –

Diese Lust- und Profit-Gier, dieser Wachstumsfetischismus verknoten sich mit der ökonomischen Welt, in der wir leben. Eine eigenartige Komplizenschaft ...

Um was es politisch geht ...

Politisch geht es um die gute alte „AUFKLÄRUNG“ im kantianischen Sinn. Als Position des Erwachsen-Werdens.

STARKER MANN? ODER STARKE DEMOKRATIE?

Als Haltung gegen die Infantilisierung der Menschen.
Notwendig ist eine POLITIK DES „ERWACHSEN-WERDENS“.

Frage: Wen interessiert das „politische Geschäft“ in seiner pragmatischen Realität wirklich?

Politik ist für viele Menschen eine BÜHNE: Eine Projektionsfläche und Inszenierung für das eigene beschädigte Leben, für eigene – oft unbewusste – Wünsche und Ängste. Eine Ablenkung vom „gemeinen Elend“ der Existenz (Freud). Es werden Illusionen voller Erlösungs- und Heil-Phantasmen aufgebaut ...

Es braucht POLITKERInnen, die mit Klarheit, Bestimmtheit und Ruhe auftreten; - die unangenehme Dinge aussprechen und Fehlentwicklungen eingestehen.

PolitikerInnen, die dazu stehen, dass man mitunter NICHTS tun kann. Und: Die vermitteln, wo man etwas TUN KANN. Mittels der Kraft der Demokratie.

Es geht um eine realistische Einschätzung der eigenen WIRKSAMKEIT, der WIRKMÄCHTIGKEIT des eigenen Handelns mit seinen Möglichkeiten und Grenzen.

Widerstand gegen das zeitgenössische Ideal des Nihilismus

...

Wo alle anderen IDEALE verloren gegangen sind: Anbetung der LUST & des PROFITS. Wachstum als Fetisch ...

Stichworte: Begierde, Gier, Wollust, Profit, Sucht, „Immer mehr + sofort“.

Es gibt nicht nur die RASEREI im Verkehr: Es gibt auch eine LEBENS-RASEREI samt Verleugnung jeglicher Endlichkeit, auch der eigenen.

Unsere Gesellschaft agiert aggressiv nihilistisch: Ideale und Werte („Gerechtigkeit“, „Solidarität“, „Nachhaltigkeit“) werden lächerlich gemacht. Hingegen ist Geiz geil, und man hat „nichts zu verschenken“.

DIE BEWEGUNG DER GRÜNEN steht diesem nihilistischen Zeitgeist entgegen. Stichworte: Verantwortung tragen für sich und für andere und für die Welt, in der wir leben.

- Einstehen für Fairness und Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit & Zukunftsfähigkeit
- Ein Gefühl für „Generationengerechtigkeit“ entwickeln
- Sich auf die Suche nach einem möglichst selbstbestimmten GUTEN LEBEN für ALLE Menschen machen
- Sich dem Scheitern und den Entfremdungs-Erfahrungen der Menschen stellen

Dadurch sind die Die GRÜNEN für viele „Spielverderber“ und „lächerlich“.

Das müssen wir wohl aushalten. Und immer wieder dagegen halten ...

Im kantianischen Sinne: WAGE ES ZU DENKEN!

LIQUID DEMOCRACY

Michel Keckeis | Initiative Grundeinkommen Tirol

Ein Gedankenimpuls

1. Wie funktioniert Liquid Democracy?

Der Begriff *Liquid Democracy* bezeichnet eine Mischform aus direkter und repräsentativer Demokratie, in der verschiedene starre Abgrenzungen zwischen professioneller Politik und BürgerInnen ‚verflüssigt‘ werden. Liquid Democracy soll den BürgerInnen ermöglichen, gezielt über einzelne Gesetze zu entscheiden, anstatt nur in Form von Wahlen über von politischen Parteien vermittelte „Komplettlösungen“ abzustimmen. *Liquid Democracy* soll ihnen die Möglichkeit verschaffen, sich an der Entstehung der Gesetzestexte zu beteiligen.

Komplexe Entscheidungen, die eine Gruppe oder Gesellschaft betreffen, können im Vorfeld ausführlich diskutiert und so unterstützt werden.

Es werden verschiedene technische Werkzeuge dafür genutzt, z.B. Votorola und Adhocracy. Weitere Werkzeuge und eine Bewertung ihrer Funktionen findet sich hier: http://u.zelea.com/w/User:ThomasvonderElbe_GmxDe/Softwarevergleich

2. Worin liegt die Anziehungskraft? Gibt es Ausschlüsse?

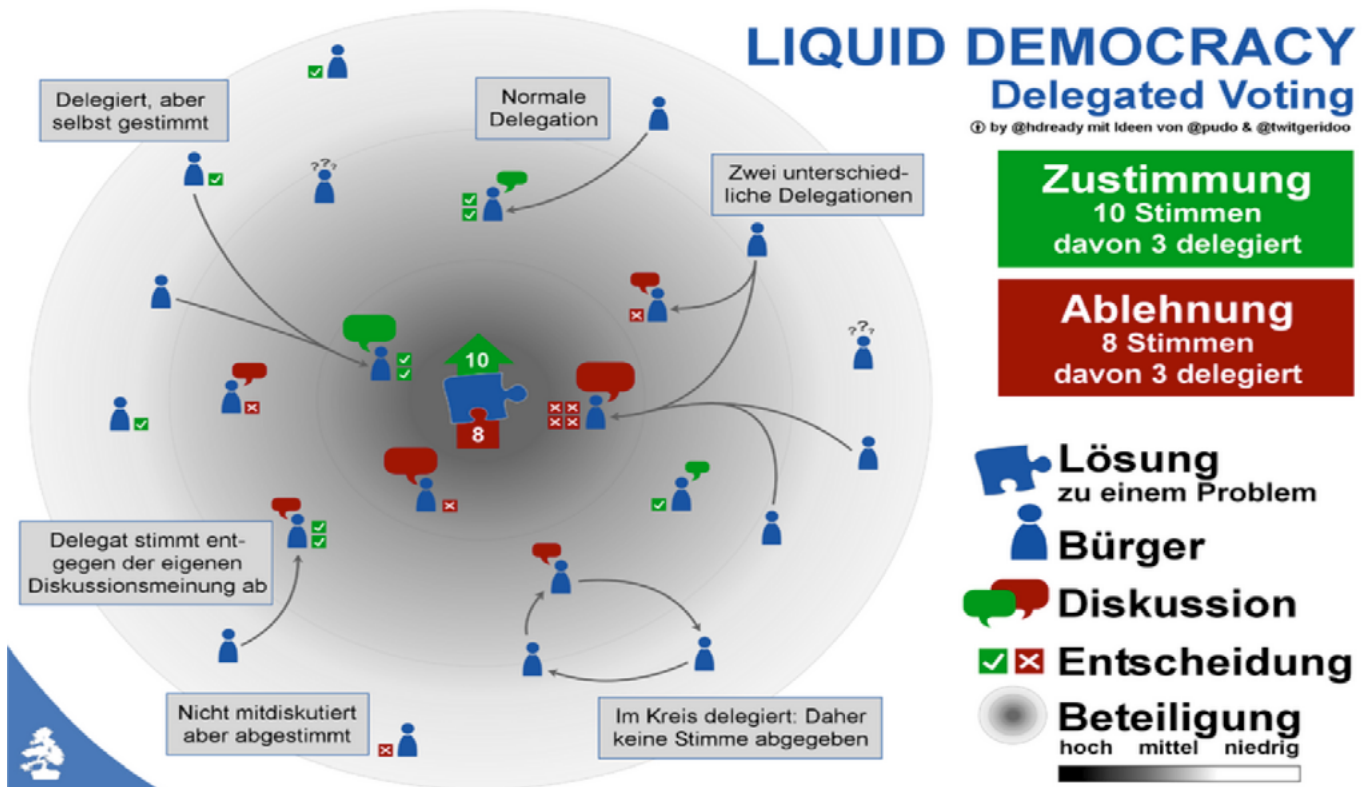
Eine Vielzahl von Fragen, die eine Gruppe oder Gesellschaft betreffen, werden dadurch einem Diskussionsprozess unterzogen und gelangen dadurch erst zur Kenntnis und ins Bewusstsein der Betroffenen und Interessierten.

Die Diskussion ist zu jedem Zeitpunkt für NeueinsteigerInnen nachvollziehbar, da sie in jedem Detail und mit Quellen dokumentiert wird.

Die Diskussionen und die Abstimmungen sind für jede/n zugänglich, soweit die technische Form keine Hindernisse bietet. Für alle, die damit Schwierigkeiten haben, soll es Unterstützungsangebote geben.

Die Intelligenz der Massen wird genutzt, ebenso die Expertise von Nicht-PolitikerInnen, die sonst im Verborgenen bliebe.

Die notwendigen Regeln für Diskussionen und Abstimmungen werden von der Gruppe, der Moderation oder Administration festgelegt. Jedenfalls ist auch der Entstehungsprozess der Regeln jederzeit transparent.



3. Wie könnte sich die Rolle der Parlamente ändern?

Jedenfalls kann Liquid Democracy die Arbeit der Parlamente ergänzen und einen breiteren Diskussionsprozess im Vorfeld von Entscheidungen ermöglichen, dessen Ergebnisse und Ideen in eine parlamentarische Entscheidung einfließen können.

Eine Voraussetzung dafür wäre ein kommunikativer Austausch über die Palette der von den Parlamenten zu entscheidenden Fragen. Auch die vorbereitenden Materialien (Amtsberichte, Pläne, Enquete-Ergebnisse, Ergebnisse der Ausschussberatungen ...) müssten für die Diskussion verwendbar sein. Dem stehen derzeit das Amtsgeheimnis und die Nicht-Öffentlichkeit vieler parlamentarischer Gremien (vor allem der Ausschüsse) entgegen.

Soweit kann Liquid Democracy eine intensivere Auseinandersetzung und mehr Beteiligung ermöglichen.

Für die BefürworterInnen der Methode ist jedoch auch ein Ersatz der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch Liquid Democracy denkbar.

DEMOKRATIE UND LANDTAGSREFORM IN VORARLBERG

Juliane Alton | GBW Vorarlberg

Auch in Vorarlberg entzündeten sich immer wieder Debatten zur Stärkung direkt-demokratischer Verfahren in der Politik. Eine Initiative („Mehr Demokratie“) setzt sich für die Einführung von Abstimmungsverfahren nach Schweizer Vorbild ein und bekommt mit diesem Anliegen immer wieder Raum in der medialen Öffentlichkeit. Nach einer einschlägigen Umfrage im Auftrag der Vorarlberger Nachrichten stieß die FPÖ vor zwei Jahren eine Debatte zur Verkleinerung des Landtages an, gestützt auf das Argument der Kostenersparnis. Die ÖVP sprang auf den populären Zug auf, nur die Grünen hielten dagegen und verlangten eine umfassende Landtags- und Demokratiereform. Dabei brachten sie ein schon lange gehegtes demokratisches Anliegen zur Sprache: das Recht, als Minderheitsfraktion im Landtag einen Untersuchungsausschuss einsetzen zu können. FPÖ und ÖVP machten sich für die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts stark. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis zum Frühjahr 2014 zahlreiche Reformvorschläge zum Wahlrecht und - unter Einbeziehung der Initiative „Mehr Demokratie Vorarlberg“ - zur Beteiligung der Bürger/innen ausarbeitete.

STARKER MANN? ODER STARKE DEMOKRATIE?

Am 5. März 2014 beschloss der Landtag das „Gesetz zur Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts und der direkten Demokratie“ als Sammelnovelle.

Deren Ziele und wesentlicher Inhalt sind die folgenden Punkte:

- Stärkung der Vorzugsstimmen
- Einführung eines neuen Prüfmaßstabes bei der Zulassung von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen
- Stärkung direkt-demokratischer Instrumente durch Erleichterungen bei der Stellung von Volksbegehren, Anhörungsrechte der Antragsteller/innen von Volksbegehren und eine verbesserte Abstimmungsbroschüre bei Volksabstimmungen und Volksbefragungen.

Bevor diese erörtert werden, soll hier kurz an den Begriff der Volkssouveränität erinnert werden, der 1762 von Jean Jaques Rousseau geprägt wurde: Politische Herrschaft auf der Basis von Freiheit und Gleichheit ist nur möglich, wenn die den Gesetzen Unterworfenen gleichzeitig die Gesetzgeber/innen sind, also jede/r am Verfassen der Gesetze mitwirken kann. Soweit der Souverän die Gesetzgebung in die Hände repräsentativer Vertreter/innen (Parlamente) legt, ist auf die andauernde Beteiligung des Willens der Wähler/innen auch außerhalb von Wahlen zu achten. Soweit sind die Forderungen nach partizipativer Demokratie nicht neu. Die konkrete Umsetzung der „Demokratiereform“ in Vorarlberg, welche die Landes- und die Gemeindeebene betrifft, erreichte im Landtag keine Einstimmigkeit, obschon ein gemeinsamer Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien vorgelegen hatte. Zu stark waren die Auffassungsunterschiede, vor allem was die Stärkung des Persönlichkeitswahlrecht betraf.

Stärkung der Vorzugsstimmen – Vorzugsstimmengewichtung

Die Stärkung der Vorzugsstimmen bei Landtags- und Gemeinderatswahlen wurde dadurch erreicht, dass jede/r Wähler/in künftig nicht mehr nur drei sondern fünf Vorzugsstimmen vergeben kann, wobei einem/er Kandidaten/in maximal zwei Vorzugsstimmen gegeben werden können. Das Gewicht jeder Vorzugsstimme wird verdoppelt, das Gewicht des Listenplatzes um die Hälfte reduziert (letzteres gilt nur für die Landtagswahlen, nicht für die Gemeinderatswahlen).

Diese Stärkung der Vorzugsstimmen wurde sehr kontroversiell diskutiert. Der Gemeindeverband stellte sich gegen diese Vervierfachung des Gewichts der Vorzugsstimmen, ebenso die Frauensprecherin der Grünen im Landtag Katharina Wiesflecker.

Mit diesem Ausbau des Persönlichkeitswahlrechts auf Landesebene kann nämlich ein Anteil von nur 0,77% der Wähler/innen einer Partei über die Vorrückung eines/er Kandidaten/in entscheiden. Wenn 100 Wähler/innen ihre Stimme der Partei X geben und z.B. der viertgereichte Kandidat Y von sieben Wähler/innen je zwei Vorzugsstimmen erhält, die drittgereichten Kandidatin Z hingegen nur von sechs Wähler/innen je zwei Vorzugsstimmen, dann würde das dazu führen, dass der Kandidat Y die Kandidatin Z überholt. Eine solche Regelung untergräbt demnach die von den Grünen praktizierte Frauenparität auf Wahllisten und schwächt insgesamt die Präsenz der Frauen und anderer benachteiligter Gruppen in den Vertretungskörpern. Ein Gegenargument lautete, dann müssten die Parteien eben darauf achten, dass viele Frauen weit vorne auf den Wahllisten gereicht werden. Schon ein Blick auf die Kandidatenlisten für die Vorarlberger Landtagswahl am 21. September 2014 zeigt, dass es sich dabei um kein ernst zu nehmendes Argument handelt.

Warum Vorzugsstimmen gerade auf Landesebene mehr Gewicht erhalten sollen als Vorzugsstimmen auf Gemeindeebene, erscheint den Kritikern und Kritikerinnen dieser Regelung ebenfalls schwer nachvollziehbar. Die Gemeindeebene ist den Wählern und Wählerinnen wesentlich näher, die Kandidat/innen daher besser bekannt. Die Vergabe von Vorzugsstimmen erscheint auf der Gemeindeebene daher besser fundiert und auf eigene Kenntnisse der Wähler/innen gestützt als auf jeder höheren Ebene. In den beiden bislang gültigen Wahlgesetzen war die Gewichtung der Vorzugsstimmen identisch gestaltet.

Konkrete Einwände äußerten die Grünen Frauen in Vorarlberg: „Wir möchten zu bedenken geben, dass mit einer Vervierfachung des Wertes einer Vorzugsstimme das Landtagswahlrecht einen Weg in Richtung „Amerikanisierung“ geht. Persönlichkeiten, die sehr bekannt sind, denen hohe Durchsetzungsfähigkeit zugeschrieben wird, weil sie vielleicht unternehmerisch erfolgreich sind, Persönlichkeiten, die große Lobbyinggruppen hinter sich haben, Regionalkandidat/innen, Personen, die über Geld verfügen und sich einen entsprechenden Persönlichkeitswahlkampf finanzieren können, haben gegenüber Persönlichkeiten, die neu, jung, unbekannt sind, Vertretern und Vertreterinnen von Minderheitengruppen, ohne Lobbying und ohne Geld ohnehin einen enormen Vorteil, der durch das geplante Wahlrecht maßgeblich verstärkt wird.“

Kritiker/innen geben weiters zu bedenken, dass dieses Wahlrecht aufgrund der Demographie nicht zu einer Verjüngung des Landtags führen wird und dass sich die Repräsentativität des Landtags in Bezug auf die Bevölkerung insgesamt verringern wird.

Vorprüfung

Der neue Prüfmaßstab für die Zulassung von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen soll nicht mehr nur die Prüfung der Zuständigkeit der jeweiligen Ebene (Land, Gemeinde) beinhalten. Er soll darüber hinaus grob abklären, ob die begehrte Regelung übergeordneten Rechtsnormen (EU-, Verfassungs- oder Völkerrecht) widerspricht. Die zuständige Wahlbehörde bekommt vier statt drei Wochen, um diese Prüfung durchzuführen.

Diese Regelung soll verhindern, dass Antragsteller/innen sich der großen Mühe unterziehen, die für eine partizipative Initiative erforderliche Überzeugungsarbeit zu leisten, die am Ende jedoch an internationalem Recht oder an der Bundesverfassung scheitern. Solche Frustrationen sollen vermieden werden.

Erleichterungen für die Eintragung bei Volksbegehren

In Zukunft soll die Eintragung dadurch erleichtert werden, dass die Eintragungen (Unterschriften) von den Antragstellern und Antragstellerinnen überall gesammelt werden können. Dafür hat der Landtag Formulare erstellt, die auf der Homepage des Landes veröffentlicht sind. Es kann künftig mit Hilfe dieser Formulare also auch auf der Straße um Unterstützung geworben werden, während bislang jede/r Unterstützungswillige sich während der Eintragszeit zu den Öffnungszeiten mit Ausweis in das Gemeindeamt der Wohnsitzgemeinde begeben musste.

Zudem ist vorgesehen, dass diese Formulare in den Gemeindeämtern aufgelegt werden. Um sicherzustellen, dass es zu keinen Fälschungen kommt, wird ein neuer Straftatbestand eingeführt.

Die Eintragsfrist für ein Volksbegehren betrug bislang zwei Wochen; in Zukunft sollen allein für die Sammlung der Eintragungen acht Wochen zur Verfügung stehen. Anschließend (oder auch bereits während der acht Wochen) hat der/die Bürgermeister/in der Gemeinde, in dem die stimmberechtigte Person ihren Hauptwohnsitz hat, zwei Wochen Zeit, um zu bestätigen, dass die Eintragung während der Acht-Wochen-Frist eingelangt und die in der Eintragung genannte Person stimmberechtigt ist.

Diese Regelungen stellen für die Durchführung eines Volksbegehrens tatsächlich eine Erleichterung dar, weil der Aufwand für die Unterstützungswilligen in zeitgemäßer Weise gesenkt wird. Ob mehr Unterstützer/innen künftig in der weiteren politischen Behandlung tatsächlich mehr Gewicht und mehr Wirkung bedeuten, muss die Praxis erst zeigen.

Untersuchungsrecht

In der Landtagssitzung am 7. Mai 2014 wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als Minderheitenrecht beschlossen. Damit wird eine alte Forderung der Grünen umgesetzt, die auf der Bundesebene noch auf sich warten lässt und auf Landesebene jedoch nur noch in drei Bundesländern nicht verwirklicht ist. Dazu werden die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtags geändert, der neue Text ist deutlich und aufschlussreich genug, um ihn direkt zu zitieren:

§55 Untersuchungsrecht

(1) Der Landtag kann zur Prüfung behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes von Fall zu Fall Untersuchungsausschüsse einsetzen.

(2) Weiters können wenigstens drei Abgeordnete einer im Landtag vertretenen Partei zur Prüfung behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes fallweise die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangen. Ein solches Verlangen darf nur von Abgeordneten derselben Partei unterzeichnet sein. Ein früher gestelltes Verlangen geht einem später gestellten Verlangen vor.

(3) Gleichzeitig mit einem Verlangen nach Abs. 2 ist unter Anführung des behaupteten Missstandes in der Verwaltung des Landes ein Antrag auf Festsetzung des genau bezeichneten Gegenstandes der Untersuchung einzubringen.

Damit wird ein wesentlicher Fortschritt der parlamentarischen Demokratie erzielt, der in der Praxis wohl mehr Wirkung erzielen wird als alle anderen Gegenstände der Landtags- und Demokratiereform.

Es wird nicht nur die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses pro Legislaturperiode zum Minderheitenrecht, sondern auch die Beschaffung von Akten und die Vorladung von Zeuginnen.

Damit hat der Vorarlberger Landtag einen entscheidenden Schritt zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle getan. Auf Bundesebene steht diese demokratische Selbstverständlichkeit noch aus.

WIRTSCHAFTSWISSEN UND POSTDEMOKRATIE

Gabriele Michalitsch | Universität Wien

Wissen ist Macht. Dieses berühmte Zitat von Francis Bacon, der als Begründer des Empirismus zu den Vordenkern der modernen Wissenschaften zählt, lässt sich auch umkehren: Macht ist Wissen. Das Verhältnis von Wissen und Macht steht, ausgehend von einem Foucaultschen Theoriehorizont, im Zentrum des vorliegenden Beitrags. Dabei fokussiere ich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen „VielfachKrise“ (Demirović/Dück/Becker/Bader 2011) von Kapitalismus auf die Frage nach dem Zusammenhang von Subjektformierung, Wirtschaftswissen und Postdemokratie.

Theoretische Ausgangspunkte bilden hierbei Colin Crouchs (2003) Thesen zu Postdemokratie und Michel Foucaults Konzepte von Regierung, Macht und Wahrheit, die ich zunächst skizzenhaft darstelle. In diesem theoretischen Bezugsrahmen stelle ich dann Bedingungen der Produktion und Vermittlung von (ökonomischem) Wissen dar und verdeutliche, wie Wirtschaftswissen Subjekte definiert und anleitet und damit letztlich Akzeptanz von postdemokratischen Entwicklungen insbesondere im Feld von Wirtschaftspolitik gewährleistet.

1. Postdemokratie

Mit seinem Konzept von Postdemokratie verwies Colin Crouch bereits 2003 auf die Erosion demokratischer Institutionen und Prozesse im Zuge neoliberaler Transformation westlicher Gesellschaften und damit einhergehende autoritäre Tendenzen, während repräsentativ-demokratische Institutionen und allgemeine Wahlen weiterbestehen (vgl. Crouch 2008, S. 7ff). Postdemokratische Entwicklungen umfassen Crouch folgend zunehmenden Einfluss privater Unternehmen auf politische Entscheidungsprozesse, wachsenden Lobbyismus, steigende Intransparenz und folglich Unkontrollierbarkeit politischer Willensbildung im Rahmen von public-private bargainings. Politik wird solcherart mehr und mehr informalisiert, die für westliche Demokratien zentrale Bedeutung formaler Körperschaften der Gesetzgebung unterminiert. Verstärkt wird diese Entwicklung zudem durch vermehrte Verlagerung von Entscheidungen auf supra- und internationale Ebenen, aber auch durch ein Output-orientiertes Verständnis von Demokratie. Öffentliche Aktivitäten werden dabei nicht durch partizipatorische Entscheidungsfindung (ihren Input), sondern durch die Qualität ihres Outputs legitimiert, dessen Überprüfung SpezialistInnen zukommt und damit zu expertokratischen Formen von Politik führt. Hinzu kommt die verstärkte Ausrichtung öffentlicher Aktivitäten an ökonomischen Profit- und Effizienz-Kriterien und die Substitution von Idealen politischen Leaderships durch solche öffentlichen Managements. Postdemokratie ist demnach durch

Reduktion von Partizipationsmöglichkeiten und schwindende Rückbindung politischer Entscheidungen an die Bevölkerung charakterisiert.

Diese hier nur skizzenhaft zusammengefassten Entwicklungen treffen in besonderem Maße Wirtschaftspolitik, die – hochgradig globalisiert und europäisiert – zunehmend von demokratisch nicht oder kaum legitimierten Institutionen wie etwa der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank oder der WTO einerseits und von Expertengremien, Beratern, Lobbys, Finanzakteuren und realwirtschaftlichen Konzernen sowie deren Organisationen andererseits bestimmt und solcherart hochgradig ent-demokratisiert wird. Gleichzeitig wird spezifisches Wirtschaftswissen kreiert und verallgemeinert, das keineswegs nur die Versorgung genannter Institutionen mit entsprechendem Personal gewährleistet, sondern vorrangig die Akzeptanz postdemokratischer Wirtschaftspolitik, die weithin Rahmenbedingungen der (Finanz-)Kapitalakkumulation optimiert und damit soziale Polarisierung, Marginalisierung und Exklusion vorantreibt, in der Bevölkerung sicherstellt. Grundlegend hierfür sind die herrschende Gestalt von ökonomischem Wissen und mit diesem verbundenen Prozesse der Subjektformierung, die ich im Folgenden an Foucaults Konzeptionen von Regierung, Macht und Wahrheit anknüpfend beleuchte.¹

2. Macht, Wahrheit und Regierung

„Dank der Macht sind wir der Wahrheitsproduktion unterworfen, wir können Macht nur über die Produktion von Wahrheit ausüben“ (Foucault 2001/1996, S. 38). Im Rahmen eines durch dieses Zitat charakterisierten theoretischen Zugangs fokussiere ich auf die von Foucault hervorgehobene produktive Dimension von Macht und die enge Verknüpfung von Macht und Wahrheit: Macht zwingt Foucault folgend stets zu Wahrheitsproduktion, durch sie wird Macht ausgeübt (Foucault 2001/1996, 38). In westlichen Gesellschaften ist Wahrheit um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universitäten, Militär und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert (Foucault 1978, 52). Die Produktion von Wahrheit stellt schließlich einen Schlüssel von Regierung dar. Regierung bezeichnet eine Form von Machtausübung, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit anleitet, führt und so zu Subjekten formt (vgl. Foucault 1996).

Wirtschaftswissen lässt sich in diesem theoretischen Kontext als spezifische Wahrheit zur Ausübung von Macht deuten, mit der nicht zuletzt Subjekte formiert und solcherart regiert werden. Dabei beleuchte ich im Folgenden wirtschaftswissenschaftliche Wahrheit, die, so meine These, im Zuge ihrer

Verallgemeinerung durch Zirkulation in Bildungsapparaten und Medien neoliberale Subjektivität hervorbringt und solcherart einen meines Erachtens wesentlichen Aspekt der Frage nach Akzeptanz bestehender politökonomischer Verhältnisse und nach deren Veränderungspotenzial mit Blick auf die Mikroebene von Individuen verdeutlicht.

2.1. Macht: Ökonomisierung des Wissens, Prekarisierung der Subjekte

Wissen ist nicht neutral oder objektiv, sondern stets von Interessen geleitet und an die herrschende – primär von weißen Männern der Oberschicht, wie feministische Wissenschaftskritik vielfach deutlich gemacht hat, geprägte – Tradition gebunden. Daher ist Wissen immer politisch, denn es spiegelt gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse – und wirkt auf diese. Es verbindet sich folglich mit vielfältigen Ausschließungen, die in Fragestellungen, Begriffe, Konzepte, Schlussfolgerungen eingelagert sind, und macht solcherart ebenso unsichtbar wie sichtbar (vgl. Kreisky 1997). Die zunehmende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche im Zuge neoliberaler Transformation hat auch Wissen zunehmend Profitlogik und entsprechender Marktverwertbarkeit – und damit vorrangig männlichen Kapitalinteressen² – unterworfen (vgl. Krautz 2007). Dies zeigt sich auf der Ebene von Institutionen ebenso wie von Subjekten: Institutionen von Wissensproduktion und -zirkulation werden mehr und mehr privatisiert, damit von gewinnorientiertem Wettbewerb geleitet und auch im öffentlichen Bereich in steigendem Maße von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig. Ökonomische Verwertbarkeit bestimmt Chancen auf Forschungsgelder und beeinflusst solcherart zunehmend individuelle Karrieren. Drittmittel implizieren aber auch, dass die verfolgten Fragen verstärkt von den Geldgebern vorgegeben werden. So wird letztlich entschieden, welches Wissen generiert und vermittelt, aber auch, welches inexistent oder ausgeblendet bleibt. Diese Rahmenbedingungen bestimmen die Arbeitskontexte der in Wissenschaft und Bildungswesen (oder auch Medien, die gleichfalls eine wichtige Apparatur der Vermittlung von Wirtschaftswissen darstellen) tätigen Subjekte, die sich zudem mehr und mehr in prekarierten Arbeitsverhältnissen befinden.³ Prekarität bedeutet neben Flexibilität und Mangel an sozialer Sicherheit schließlich Robert Castel (2008) folgend eine gesellschaftliche Zone zwischen Integration und Entkopplung, einen Übergangsbereich mit Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängsten (vgl. Hardering 2009, 133f.).⁴ Schließlich ermöglicht sich normalisierende Prekarität „Regieren durch Unsicherheit“ (Lorey 2011). Unsicherheit erzeugt Angst und macht solcherart gefügig, zumal auch Wissen Produzierende und Vermittelnde vor dem permanenten neoliberalen Tribunal von Leistungsdruck, Konkurrenzdenken, Selbst-Optimierung, Erfolgswang und Versagensangst stehen (vgl. Michalitsch 2005, S. 41).⁵ Unter diesen Bedingungen werden kritische Hinterfragung und Abweichung vom Mainstream beträchtlich erschwert.

2.2. Wahrheit: Wirtschaftswissen

Wirtschaftswissen, politisch stets von besonderer Relevanz, markiert ein gesellschaftlich besonders umkämpftes Wissensfeld. Seit jeher ist die Volkswirtschaftslehre (VWL) durch starke Schulbildung gekennzeichnet, Paradigmenwechsel bestimmen ihre Entwicklung. In den letzten, von Neoliberalismus geprägten Dekaden dominierten – selbst im Krisenkontext – neoklassische, monetaristische und angebotsorientierte Theorien (vgl. Michalitsch 2004) politische Entscheidungsfindung, während die universitäre Lehre vor allem von der Neoklassik, die Stabilität von Märkten verfehlt und unternehmerische Profit- und individuelle Nutzenmaximierung in ihren Annahmen zugrunde legt, geprägt ist. Mit diesen Annahmen aber entzieht sie ebenso fragwürdige wie umstrittene Verhaltenshypothesen der Hinterfragung. Darüber hinaus versteht sich die Neoklassik als „reine Ökonomie“⁶, die Marktprozesse ihrem politischen und gesellschaftlichen Kontext enthebt und als Universalie setzt, deren „Naturgesetze“ es zu erforschen gilt – womit sich nicht zuletzt ihr Anspruch auf universelle Gültigkeit verbindet. Damit suggerieren die dominanten Wirtschaftstheorien allein auf Profit und individuellen Nutzen ausgerichtetes Denken und Handeln als unabänderliche menschliche Natur und zwangsläufige Logik von Wirtschaft. Dass bereits das herrschende Verständnis von Ökonomie als Markt wesentliche wirtschaftliche Bereiche wie etwa den der Reproduktion ausblendet und sich Ökonomie nicht auf das Marktsegment reduzieren lässt, wird dabei dethematisiert (vgl. Michalitsch 2013).

Darüber hinaus wird Wirtschaftswissen in wachsendem Maße mit Betriebswirtschaftslehre (BWL) identifiziert. Während sich die BWL zuletzt stark ausdifferenziert hat und ihre Spezialgebiete nun vielfach – vor allem an Fachhochschulen – als eigene Studiengänge angeboten werden, konnte die VWL kaum expandieren und blieb in institutioneller Verankerung und finanzieller Ausstattung weit hinter der BWL zurück. Wirtschaftswissen wird demnach vielfach mit betriebswirtschaftlicher Logik der Verwertung gleichgesetzt.

Die herrschendem Wirtschaftswissen inhärente Definition des Subjekts bleibt im Mainstream von VWL wie BWL nicht nur unreflektiert, sondern wird als unhinterfragbare „menschliche Natur“ vermittelt. Solcherart aber wird Subjekten nicht nur die kapitalistische Systemlogik eingeschrieben und eine entsprechende Bestimmung „des Menschen“⁷ als Horizont der Selbst-Verortung vorgegeben, sondern auch eine entsprechende Form von Selbst-Regulation, die Foucault mit Bezug auf Selbsttechnologien (vgl. Foucault 1993/1984, S. 18; Foucault 2005, S. 295) unter dem Begriff der Regierung subsumiert hat. Kritikfähigkeit und Widerstandspotenzial gegenüber dem wirtschaftswissenschaftlichen wie -politischen Mainstream werden damit schon im einzelnen Subjekt minimiert.

3. Re-Demokratisierung?

Postdemokratische Entwicklungen lassen sich folglich mit wirtschaftswissenschaftlicher Wahrheitsproduktion und -zirkulation

STARKER MANN? ODER STARKE DEMOKRATIE?

lation verknüpfen: Wirtschaftswissen formiert Subjekte ebenso wie institutionalisierte Formen privater Forschungsfinanzierung und Prekarisierung, die in ihrem Zusammenwirken auf Kritik und Abweichung in Denken wie Handeln erheblich einschränkend wirken, Akzeptanz des Bestehenden und postdemokratischer Restrukturierungsprozesse jedoch fördern. Grundlagen von Demokratie stehen damit zur Disposition. Deren (Wieder-)Belebung müsste demnach insbesondere (auch) im Bereich von Wissenspolitik ansetzen. Wer produziert welches Wissen und wer lässt welches Wissen zirkulieren? Dies wären verstärkt zu politisierende Fragen.

Re-Demokratisierung hieße dabei insbesondere, ökonomisches Wissen zu verbreiten und zugleich kritisch zu reflektieren, herrschende ökonomische Dogmen zu hinterfragen, alternative ökonomische Ansätze aufzuzeigen und kritische Auseinandersetzung mit Wirtschaft generell zu fördern. Denn nur indem Urteilsfähigkeit gegenüber Wirtschaftspolitik sowie -diskurs und damit schließlich Mündigkeit gestärkt wird, indem die Einzelnen sich ihres „Verstandes ohne Leitung eines anderen (zu) bedienen“ (Kant 1996/1783, S. 9), lässt sich Demokratie in westlichen Gesellschaften sichern.

Der vorliegende Artikel stellt eine gekürzte und überarbeitete Version folgenden Textes dar: Michalitsch, Gabriele (2013): Wirtschaftswissen und Postdemokratie. Plädoyer für kritisch-emanzipatorische Erwachsenenbildung, in: Meb. Magazin erwachsenenbildung.at, Nr. 18/2013, S. 08/1-08/9.

¹ Foucaults Konzeptionen von Regierung und Gouvernementalität werden zuweilen als Ausgangspunkte des Governance-Diskurses genannt, dabei wird meines Erachtens jedoch übersehen, dass Foucaults besonderes Interesse einer Analytik von Macht galt. Die von einer Perspektive der Kritik geleitete Frage nach Macht prägt mehr oder weniger Foucaults gesamtes Werk und steht vielfach – im Gegensatz zu Governance-Ansätzen – im Zentrum seiner Überlegungen dar.

² Frauen haben im Verhältnis zu Männern überaus eingeschränkten Zugang zu Kapital. Dies lässt sich auf – nicht zuletzt in der Tradition patrilinearvererbte – geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Vermögensverteilung ebenso zurückführen wie auf die Verwobenheit von hegemonialer Männlichkeit und Unternehmertum (vgl. Michalitsch 2006a, S. 75ff.). Auch wenn etwa die Zahl österreichischer Unternehmerinnen – vorwiegend in Gewerbe, Handwerk, Handel sowie

Tourismus und Freizeitwirtschaft tätig – in den letzten Dekaden deutlich gestiegen ist, befindet sich nur etwa ein Drittel aller Unternehmen in weiblicher Hand. Frauen betreiben überwiegend Kleinbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen, etwa ein Fünftel aller Frauen-Unternehmen werden im Nebenerwerb geführt, bei 96 % der weiblichen Unternehmen in Österreich liegt das jährliche Umsatzvolumen unter einer Million Euro (Heckl u. a. 2010, S. 1).

³ Unter Prekarisierung versteht man insbesondere mangelnde soziale Absicherung trotz Erwerbstätigkeit als Folge fehlender oder bloß partieller Integration so genannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse in das Sozialversicherungssystem. Prekarisierung geht in hohem Maße mit Feminisierung einher: So sind etwa drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten und über 80 % aller Teilzeitbeschäftigten in Österreich Frauen, aber auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen oder Neuen Selbstständigen sind Frauen – wenn auch in wesentlich geringerem Maße – überrepräsentiert (Kytir/Moser 2010, S. 133ff).

⁴ Zu Prekarisierung vgl. beispielsweise Castel/Dörre (2009), die mit nur überaus marginaler Bezugnahme auf Geschlechterverhältnisse auskommen. Kritisch zum Prekarisierungsdiskurs vgl. Duden 2011.

⁵ Zur Formierung neoliberaler Subjektivität vgl. Michalitsch 2006a.

⁶ Der Terminus der „reinen“ Ökonomie geht auf Léon Walras' *Éléments d' économie politique pure, ou théorie de la richesse sociale* (1874) zurück.

⁷ „Der Mensch“ wird in unserer Tradition – zuweilen explizit, meist implizit – ebenso maskulinistisch wie heteronormativ mit „dem Mann“ gleichgesetzt.

DIE GRÜNEN WERKSTATTSCHRIFTEN

Die Grünen Werkstattsschriften publizieren in unregelmäßigen Abständen Texte zu wichtigen Themen aus dem Grünen Universum.

Wir wollen Diskurse entfachen und Visionen entwerfen. Wir berichten über Experimente und begleiten Grüne Alternativen. Wir freuen uns über Beiträge und bitten, diese an buero@gbw.at zu schicken.

Impressum:

Die Grüne Bildungswerkstatt • Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien • E-Mail: buero@gbw.at • Telefon: ++43 1 526 91 11